

**Vertragsbedingungen
der Stadtwerke Essen AG**

für die Ausführung von Bauleistungen sowie von Lieferungen/Leistungen

I n h a l t s ü b e r s i c h t

- 1 Allgemeines
- 2 Auftrag
- 3 Vertragsbestandteile
- 4 Preisvereinbarungen für Bauleistungen sowie für Lieferungen/Leistungen
- 5 Stundenlohnarbeiten
- 6 Ausführungsunterlagen
- 7 Veröffentlichungen
- 8 Ausführung von Bauleistungen
 - 8.1 Bauschild, Baustelleneinrichtung
 - 8.2 Lager- und Arbeitsplätze, Mitbenutzung fremder Gerüste, Einrichtungen
 - 8.3 Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer
 - 8.4 Bautagesberichte
 - 8.5 Abnahme
 - 8.6 Stoffprüfungen
 - 8.7 Baustellenräumung
- 9 Ausführung von Lieferungen/Leistungen
 - 9.1 Allgemeines
 - 9.2 Lieferungen
 - 9.3 Verpackung, Versand, Versicherung
 - 9.4 Abnahme
 - 9.5 Proben und Muster
- 10 Kündigung
- 11 Haftung
- 12 Mängelansprüche
- 13 Abrechnung
 - 13.1 Allgemeines
 - 13.1 Aufmaß
 - 13.2 Abrechnungszeichnungen, Hausanschlusskarten
 - 13.3 Stundenlohnzettel
- 14 Rechnungen, Zahlungen, nachträgliche Prüfung
 - 14.1 Allgemeines
 - 14.2 Abschlagsrechnung
 - 14.3 Schlussrechnung
 - 14.4 Zahlung
 - 14.5 Nachträgliche Prüfung
- 15 Sicherheitsleistung
- 16 Vertraulichkeitsbestimmungen
- 17 Vertragsänderung
- 18 Wirksamkeit einzelner Bestimmungen
- 19 Erfüllungsort und Gerichtsstand

1 Allgemeines

Der Auftraggeber verfährt nicht nach VOB/A und VOL/A. Die VOB/B und C sowie die VOL/B gelten – soweit anzuwenden – in ihrer jeweils aktuellen Fassung.

2 Auftrag

- 2.1 Der Auftrag wird in der Regel schriftlich erteilt. Sofern in Ausnahmefällen ein mündlicher Auftrag erteilt wird, wird er unverzüglich durch den Auftraggeber schriftlich bestätigt.
- 2.2 Sind in der Leistungsbeschreibung die Bauleistungen bzw. die Lieferungen/Leistungen nach Losen ausgeschrieben, behält sich der Auftraggeber vor, die Lose auch zu verschiedenen Zeitpunkten zu vergeben.
- 2.3 Mit der Annahme des Auftrages verpflichtet sich der Auftragnehmer, bei der Ausführung der Bauleistung sowie der Lieferung/Leistung die jeweils geltenden Unfallverhütungsvorschriften zu beachten.
- 2.4 Der Auftragnehmer hat eine steuerliche Freistellungsbescheinigung zum Steuerabzug bei Bauleistungen entsprechend § 48 b Abs. 1 Satz 1 des Einkommensteuergesetzes beizubringen und dem Auftraggeber bereits bei Angebotsabgabe vorzulegen.

3 Vertragsbestandteile

- 3.1 Als Vertragsbestandteile gelten:
- das Auftragschreiben des Auftraggebers
 - das Angebot (Bietererklärung) nebst Leistungsbeschreibung mit Leistungsverzeichnis
 - die in den Verdingungsunterlagen genannten Zusätzlichen Technischen Vorschriften (vgl. Ziffer 3.4)
 - die dem Angebot zugehörigen Pläne/Zeichnungen
 - die vorliegenden Vertragsbedingungen der Stadtwerke Essen AG für die Ausführung von Bauleistungen sowie von Lieferungen/Leistungen
 - die Bewerbungsbedingungen der Stadtwerke Essen AG
 - die steuerliche Freistellungsbescheinigung des Auftragnehmers

für Bauleistungen zusätzlich

- die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen – VOB/B –
- die Allgemeinen Technischen Vorschriften für Bauleistungen – VOB/C –
- der Rahmenvertrag für Tiefbau- und Rohrverlegungsarbeiten
- die besonderen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen der Stadtwerke Essen AG

für Lieferungen/Leistungen zusätzlich

- die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen – VOL/B –

- 3.2 Die in Ziffer 3.1 genannten Vertragsbestandteile sind
- bei öffentlicher Ausschreibung in der am Tage der Bekanntmachung der Ausschreibung,
 - bei beschränkter Ausschreibung in der am Tage der Aufforderung zur Angebotsabgabe (Briefdatum) und
 - bei freihändiger Vergabe in der am Tage der Auftragserteilung (Briefdatum) gültigen Fassung maßgebend.
- 3.3 Bei Widersprüchen im Vertrag gelten die in Ziffer 3.1 genannten Vertragsbestandteile nacheinander in der angegebenen Reihenfolge.
- 3.4 In den Verdingungsunterlagen genannte technische Vorschriften, die im Teil C der VOB – Allgemeine Technische Vorschriften für Bauleistungen – nicht angeführt sind, sind zusätzliche Technische Vorschriften im Sinne von Ziffer 3.1 c.
- 3.5 Bedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Allgemeine Geschäftsbedingungen, gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich anerkannt würden.

4 Preisvereinbarungen für Bauleistungen sowie für Lieferungen/Leistungen.

- 4.1 Alle, auch ausländische Bewerber müssen die Preise für ihre Leistungen in EURO angeben.
- 4.2 Die Vergütung wird nach den vertraglich vereinbarten Preisen und den tatsächlich ausgeführten Bauleistungen berechnet, soweit keine andere Berechnungsart vereinbart worden ist.
- 4.3 Bei Rahmenverträgen bleiben Änderungen im Umfang der Bauleistungen sowie der Lieferungen/Leistungen ohne Wirkung auf die vereinbarten Einheitspreise. Sind nach den §§ 2 und/oder 8 VOB/B Preise zu vereinbaren, hat der Auftragnehmer nachzuweisen, dass der neue Preis auf den Grundlagen der Preisermittlung des Hauptauftrages gebildet worden ist. Er hat hierfür auf Verlangen seine Preisermittlung für diese Preise und, soweit erforderlich, die gesamte Leistung zur Einsicht vorzulegen sowie die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Der Auftragnehmer hat auf Verlangen die Preisermittlung für die vertragliche Leistung, einschließlich der Einzelkosten der Teilleistungen, dem Auftraggeber zu übergeben. Die Unterlagen werden in einem verschlossenen Umschlag beim Auftraggeber aufbewahrt. Der Auftraggeber kann die Preisermittlung bei Vereinbarung neuer Preise oder zur Prüfung von sonstigen vertraglichen Ansprüchen öffnen und einsehen, nachdem der Auftragnehmer davon verständigt wurde. Die Preisermittlung wird danach wieder verschlossen. Die Preisermittlung wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben.
- 4.4 Die vereinbarten Einheitspreise sind feste Preise. Abweichungen vom vereinbarten Preis während der Dauer des Bauleistungs- sowie Lieferungs-/Leistungsvertrages gelten nur dann, wenn eine entsprechende Vereinbarung getroffen wurde.
- 4.5 Die Einheitspreise für Lieferungen verstehen sich frei Verwendungsstelle oder Lager des Auftraggebers.
- 4.6 Lohn- und Gehaltsnebenkosten (z.B. Auslösungen, Wege- und Fahrgelder, Unterkunfts- und Übernachtungsgelder, Kosten der An- und Rückreisen und der Familienheimfahrten) werden nicht gesondert vergütet.
- 4.7 Wahlpositionen sind als solche im Leistungsverzeichnis gekennzeichnete Positionen mit Mengenansatz. Sie können anstelle einer oder mehrerer anderer, als Grundposition gekennzeichnete Positionen zur Ausführung vorgesehen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Auftraggeber in der Regel bei der Auftragserteilung. Ist eine Entscheidung ausnahmsweise, z.B. aus technischen Gründen, erst nach Auftragserteilung möglich, so wird sie unverzüglich nach Feststellung der Voraussetzungen getroffen.
- 4.8 Bedarfspositionen sind als solche im Leistungsverzeichnis gekennzeichnete Positionen mit Mengenansatz, bei denen zum Zeitpunkt der Auftragserteilung nicht feststellbar ist, ob und in welchem Umfang sie zur Ausführung kommen. Hierzu gehören auch Stundenlohnarbeiten. Die Entscheidung über Ausführung der Bedarfspositionen trifft der Auftraggeber während der Bauzeit.

5 Stundenlohnarbeiten

Für vom Auftraggeber anerkannte Stundenlohnarbeiten werden nur tarifliche Stundenlöhne zuzüglich Unternehmerzuschläge vergütet.

6 Ausführungsunterlagen

- 6.1 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrunde gelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind; über Art und Umfang dieser Unterlagen ist Einvernehmen herzustellen. Die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Vertrag, insbesondere nach § 3 Nr. 3 Satz 2, § 4 Nr. 2 und 3 sowie § 13 VOB/B, werden durch Satz 1 nicht eingeschränkt.
- 6.2 Der Auftragnehmer hat die Unterlagen, die nach dem Vertrag vom Auftraggeber zu liefern sind, entsprechend dem Baufortschritt so anzufordern, dass die Übergabe durch den Auftraggeber rechtzeitig erfolgen kann.

- 6.3 Der Auftragnehmer hat vermessungstechnische Absteckungen, die für die Überprüfung der vertragsgemäßen Ausführung erforderlich sind, bis zur Abnahme zu erhalten. Änderungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

7 Veröffentlichungen

Veröffentlichungen über die Bauleistung sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. § 3 Nr. 6 VOB/B wird hiervon nicht berührt.

8 Ausführung von Bauleistungen

8.1 Bauschild, Baustelleneinrichtung

- 8.1.1 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers auf der Baustelle ein Bauschild mit Aufschrift des Firmennamens und sonstigen Angaben nach Weisung des Auftraggebers deutlich sichtbar aufzustellen. Eine besondere Vergütung hierfür wird nicht gewährt, soweit die Leistungsbeschreibung keine andere Regelung enthält.
- 8.1.2 Gewerbliche Werbung auf der Baustelle ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.
- 8.1.3 Vor Beginn der Baustelleneinrichtung hat der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers einen Baustelleneinrichtungsplan vorzulegen.

8.2 Lager- und Arbeitsplätze, Mitbenutzung fremder Geräte, Einrichtungen

- 8.2.1 Der Auftragnehmer hat für die erforderlichen Lager- und Arbeitsplätze selbst zu sorgen. Ihm obliegt der Abschluss entsprechender Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern.
- 8.2.2 Ist der Auftraggeber Grundstückseigentümer, so wird das Gelände in bestehendem Zustand zur Verfügung gestellt. Es kann vom Auftragnehmer auf eigene Gefahr benutzt werden.
- 8.2.3 Treten bei der Benutzung bauseitig zur Verfügung gestellter Anlagen oder Grundstücke an diesen Schäden durch Verschulden des Auftragnehmers ein, so ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber dafür schadensersatzpflichtig.
- 8.2.4 Sollen vorhandene Gerüste und Einrichtungen anderer Unternehmer mitbenutzt werden, so ist die Mitbenutzung vom Auftragnehmer mit diesen zu vereinbaren.

8.3 Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer

Beschäftigt der Auftragnehmer ausländische Arbeitnehmer, so hat der Auftragnehmer dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z.B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.

Sollten der Auftragnehmer oder Subunternehmer Arbeitskräfte einsetzen, die nicht aus EU-Staaten stammen, sind dem Auftraggeber vor Arbeitsbeginn durch den Auftragnehmer die entsprechenden Arbeitserlaubnisse vorzulegen. Verstößt der Auftragnehmer gegen die Pflicht, Arbeitserlaubnisse vorzulegen, hat der Auftraggeber das Recht, vom Vertrag zurückzutreten und/oder Schadensersatz zu verlangen.

8.4 Bautagesberichte

- 8.4.1 Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte verbindlich zu führen und sie im Allgemeinen dem Auftraggeber täglich, jedoch spätestens nach Ablauf von fünf Arbeitstagen, zu übergeben. Entsprechende Vordrucke werden vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt. Der Auftraggeber bestätigt den Empfang der ausgefüllten Bautagesberichte. Ein Rechtsanspruch auf Vergütung wird hierdurch nicht begründet.

- 8.4.2 Die Bautagesberichte müssen in der Regel die Angaben enthalten, die für die Ausführung oder Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, z.B. über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, den wesentlichen Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfangs, Betonierungszeiten oder dgl.), bestimmte Arten der Ausführung oder Abrechnung, Angaben über Stundenlohnarbeiten, besondere Abnahmen nach § 12 Nr. 2 VOB/B, Unterbrechung der Ausführung, einschließlich kürzerer Unterbrechungen der Arbeitszeit mit Angabe der Gründe, Unfälle, Behinderung und sonstige Vorkommnisse.
- 8.4.3 Die Anzeigepflicht nach § 6 Nr. 1 VOB/B gilt unabhängig von der allgemeinen Verpflichtung, alle Behinderungen im Bautagesbericht aufzuführen.
- 8.5 Abnahme
- 8.5.1 Bauleistungen sind in jedem Fall förmlich abzunehmen. Der Auftragnehmer hat die Abnahme rechtzeitig schriftlich zu beantragen.
- 8.5.2 Von der Regelung nach Ziffer 8.5.1 sind Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten ausgenommen.
- 8.5.3 Eine Kanal-Bauleistung gilt nicht dadurch als abgenommen, dass der Auftraggeber sie in Benutzung genommen hat.
- 8.5.4 In sich abgeschlossene Teile der Leistungen sind nur solche, für die im Vertrag ausdrücklich eine Teilabnahme sowie eine endgültige Feststellung und Bezahlung erfolgt.
- 8.6 Stoffprüfungen
Verlangt der Auftraggeber Güte- und Gebrauchsprüfungen von Stoffen und Bauteilen, die über die in den Allgemeinen Technischen Vorschriften für Bauleistungen – VOB/C – vorgeschriebenen oder sonst vertraglich vereinbarten nach Art und Umfang hinausgehen, so erhält der Auftragnehmer hierfür eine besondere Vergütung; er hat in diesen Fällen nach Weisung des Auftraggebers die Proben zu entnehmen oder herzustellen und diese prüfen zu lassen.
- 8.7 Baustellenräumung
Die Baustelle ist so bald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

9 Ausführung von Lieferungen/Leistungen

- 9.1 Allgemeines
- 9.1.1 Der Auftraggeber kann sich von der vertragsmäßigen Ausführung der Lieferungen/Leistungen während der Herstellung unterrichten.
- 9.1.2 Sind im Angebot Unterlieferanten oder Bezugsquellen angegeben, so darf der Auftragnehmer diese nicht ohne Zustimmung des Auftraggebers wechseln. Der Auftragnehmer bleibt für die vorschriftsmäßige Ausführung der Lieferungen/Leistungen allein verantwortlich.
- 9.2 Lieferungen
- 9.2.1 Lieferungen müssen während der allgemeinen Dienststunden des Auftraggebers an die im Auftrag angegebene Stelle erfolgen. Falls das nicht möglich ist, ist der Auftraggeber rechtzeitig vorher zu unterrichten.
- 9.2.2 Anlieferungen des Auftragnehmers sind durch Belege (Lieferschein in doppelter Ausfertigung, Originalwiegekarte, Frachtbrief usw.) nachzuweisen. Wird auf nichtöffentlichen Waagen verwogen, so hat der Lieferer nachzuweisen, dass die Waage geeicht und der Wäger vereidigt ist. Achsverwägungen werden nicht anerkannt.

- 9.2.3 Bei allen Lieferungen sind auf den Lieferbelegen anzugeben:
- der Gegenstand der Lieferung,
 - das Lieferdatum,
 - die Menge bzw. das Gewicht,
 - das amtliche Kennzeichen des Kraftwagens, ggf. auch das des Anhängers und
 - bei Lieferungen nach Mengen auch die Lademaße (Kastenmaße).
- 9.3 Verpackung, Versand, Versicherung
- 9.3.1 Die Kosten für Verpackung, Versand und Transportversicherung gehen zu Lasten des Auftragnehmers, falls im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.
- 9.3.2 Verpackungsmaterialien gehen, wenn nichts anderes vereinbart ist, ohne Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über. Wird Rückgabe verlangt, erfolgt Rücksendung ohne Gewähr für den Zustand. Die Kosten der Rücksendung trägt der Auftragnehmer, sofern nichts anderes vereinbart ist.
- 9.4 Abnahme
- 9.4.1 Die Entgegennahme und Benutzung einer Lieferung ist nicht gleichbedeutend mit der Abnahme. Nach der Entgegennahme/Benutzung wird der Auftraggeber die Abnahmebehandlung unverzüglich durchführen. Dies gilt auch für Teillieferungen/Teilleistungen/Teilnutzungen, soweit sie selbständige Wirtschaftsgüter sind. Eine besondere Mitteilung über die Abnahmebehandlung an den Auftragnehmer ergeht nicht. Im Zweifel gilt die Abnahme als erfolgt, wenn die Schlusszahlung geleistet ist.
- 9.4.2 Entspricht die Lieferung/Leistung nicht den vertraglichen Bestimmungen, so steht dem Auftraggeber unbeschadet weiter gehender Ansprüche das Recht zu, die Abnahme zu verweigern.
- 9.5 Proben und Muster
- 9.5.1 Proben und Muster von Bieter, welche bei der Auftragserteilung keine Berücksichtigung finden, werden auf Anforderung innerhalb von 2 Wochen nach Ablauf der Zuschlagsfrist zurückgegeben, soweit sie nicht bei der Prüfung der Angebote verbraucht worden sind. Nach Ablauf der Frist werden Proben und Muster nicht mehr aufbewahrt.
- 9.5.2 Für Proben und Muster wird keine Vergütung gewährt, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart ist.

10 Kündigung

- 10.1 Kündigt der Auftraggeber im Zusammenhang mit Bauleistungen den Vertrag nach § 8 Nr. 1 VOB/B, so sind Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und diese zu belegen, soweit dies notwendig ist, um die Höhe des Vergütungsanspruchs zu bemessen.
- 10.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag über Bauleistungen sowie Lieferungen/Leistungen zu kündigen, wenn der Auftragnehmer den auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, Auftragserteilung, Beaufsichtigung, Leitung, Abnahme oder sonst mit der Abwicklung der Bauleistung sowie Lieferung/Leistung betrauten Personen unmittelbar oder mittelbar Vorteile irgendwelcher Art anbietet, verspricht oder gewährt.

Solche Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.

Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB. Nicht als Vorteil gelten jedoch die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (z.B. aus Anlass des Neujahrstages) von dem Auftragnehmer seinen Geschäftskunden gewährt werden, insbesondere Reklamegegenstände von geringerem Wert, die als solche durch eine dauerhaft und deutlich sichtbare Bezeichnung des Auftragnehmers gekennzeichnet sind.

- 10.3 Der Auftraggeber kann den Vertrag über Bauleistungen sowie Lieferungen/Leistungen kündigen, wenn der Auftragnehmer im Zusammenhang mit dem Vertrag vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen abgegeben hat.

- 10.4 Vor der Kündigung nach Ziffer 10.2 oder 10.3 wird dem Auftragnehmer Gelegenheit gegeben, zu dem Kündigungsgrund Stellung zu nehmen.
- 10.5 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

11 Haftung

- 11.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber von allen Haftpflichtansprüchen freizustellen, die gegen ihn im Zusammenhang mit dem übernommenen Auftrag von Dritten erhoben werden, sei es wegen unsachgemäßer Ausführung der Arbeiten, wegen Verwendung von nicht einwandfreiem Material oder aus irgendeinem anderen vom Auftragnehmer zu vertretenden Grund. Für alle Unfälle und Schäden, die bei den durchzuführenden Arbeiten entstehen, haftet der Auftragnehmer nach den gesetzlichen Bestimmungen. Eine Entlastung des Auftragnehmers nach § 831 BGB ist ausgeschlossen.
- 11.2 Der Auftragnehmer hat auf Verlangen nachzuweisen, dass er hinsichtlich aller Haftpflichtansprüche, die sich aus der Ausführung des übernommenen Auftrages ergeben können, eine Haftpflichtversicherung in hinreichender Höhe abgeschlossen hat und laufend unterhält. Der Auftraggeber ist berechtigt, rückständige Prämien des Auftragnehmers an das Versicherungsunternehmen zu zahlen und diese Beträge von der dem Auftragnehmer zustehenden Vergütung oder einer von ihm hinterlegten Sicherheit einzubehalten.
- 11.3 Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber erwachsenden Schäden. § 10 Nr. 2 Abs. 1 Satz 2 VOB/B bleibt unberührt.
- 11.4 Bewachung und Verwahrung der Baubuden, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen – auch während der Arbeitsruhe – ist Sache des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.
- 11.5 Hat der Auftraggeber auf Grund gesetzlicher Vorschriften Erfüllungsgehilfen des Auftragnehmers Schadenersatz zu leisten, so steht ihm der Rückgriff gegen den Auftragnehmer zu, wenn der Schaden durch Verschulden des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen verursacht worden ist. Hat ein Verschulden des Auftraggebers oder seiner Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, so findet § 254 BGB Anwendung.
- 11.6 Der Auftragnehmer hat Bauunfälle, bei denen Personen- oder Sachschäden entstanden sind, dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Bei mündlicher Unterrichtung/Mitteilung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber innerhalb von 2 Tagen eine schriftliche Mitteilung nachzureichen.

12 Mängelansprüche

- 12.1 Die Verjährungsfrist für Mängelansprüche beträgt für Bauleistungen 5 Jahre sowie für Lieferungen/Leistungen 2 Jahre. Für die im Rahmen der Mängelansprüche ausgeführten Mängelbeseitigungsarbeiten beginnt mit deren Abnahme die volle vertragliche Mängelanspruchsfrist.
- 12.2 Die Mängelanspruchsfrist beginnt für Bauleistungen sowie für Lieferungen/Leistungen mit der vollständigen Abnahme der gesamten Leistung, soweit nichts anderes vereinbart wurde.
- 12.3 Dem Auftraggeber stehen die gesetzlichen Mängelansprüche ungekürzt zu. Der Auftraggeber kann als Nacherfüllung nach seiner Wahl die Beseitigung des Mangels oder die Lieferung einer mangelfreien Sache bzw. die Herstellung eines neuen Werkes verlangen.

- 12.4 Die Nacherfüllung ist schnellstmöglich in Abstimmung mit dem Auftraggeber auszuführen. In dringenden Fällen hat sie auf Verlangen des Auftraggebers in 24-stündigem Schichtbetrieb zu erfolgen. Ist eine sofortige Nacherfüllung nicht möglich, hat der Auftragnehmer unverzüglich, im Einvernehmen mit dem Auftraggeber, provisorisch Abhilfe zu schaffen. Die Kosten trägt der Auftragnehmer. Zu Lasten des Auftragnehmers gehen auch bauseitige Kosten, z.B. für Demontage, Transport, Montage, Planungs-, Dokumentationsleistungen, die bei der Nacherfüllung entstehen.

13 Abrechnung

13.1 Allgemeines

Als Nachweis für die Abrechnung gelten

- für Bauleistungen und Leistungen die mit Unterschrift und Datumsangabe versehenen Aufmaße und/oder Abrechnungszeichnungen sowie Bautagesberichte oder gleichartige Nachweise und
- für Lieferungen die Lieferscheine in doppelter Ausfertigung, Originalwiegekarten, Frachtbriefe u.ä., soweit im Einzelfall nichts anderes vereinbart wurde.

13.2 Aufmaß

- 13.2.1 Die für die Abrechnung von Bauleistungen und Leistungen notwendigen Aufmaße sind stets gemeinsam vorzunehmen, sofern im Einzelfall nichts anderes vereinbart wurde. Der Auftragnehmer hat das gemeinsame Aufmaß rechtzeitig zu beantragen.
- 13.2.2 Unterlässt der Auftragnehmer den rechtzeitigen Antrag für das gemeinsame Aufmaß von Bauleistungen sowie Leistungen, deren Feststellung später nicht mehr oder nur schwer möglich ist, so wird das Aufmaß durch den Auftraggeber bestimmt.
- 13.2.3 Beteiligt sich der Auftragnehmer nicht oder nur unzureichend an der Aufmessung, so gelten die Feststellungen des Auftraggebers als verbindlich, es sei denn, der Auftragnehmer beweist ihre Unrichtigkeit.

13.3 Abrechnungszeichnungen, Hausanschlusskarten

- 13.3.1 Werden Bauleistungen sowie Leistungen durch Abrechnungszeichnungen nachgewiesen, so müssen die Abrechnungszeichnungen sämtliche Einzelmaße enthalten, die üblicherweise auch im Aufmaß nachgewiesen werden.
- 13.3.2 Bei Erhaltungsarbeiten und kleinen Bauvorhaben genügen einfache Abrechnungszeichnungen im Format DIN A4. Über die Anwendung dieser Bestimmung ist Einvernehmen herzustellen.
- 13.3.3 Bei Ausführung von Rohrverlegungsarbeiten hat der Auftragnehmer eine ordnungsgemäße Ausführungszeichnung der Rechnung beizufügen.
- 13.3.4 Bei Ausführung von Hausanschlussarbeiten hat der Auftragnehmer unverzüglich nach Beendigung der Arbeiten die zur Verfügung gestellten Hausanschlusskarten (Formblatt 6/0020) vollständig auszufüllen und dem Auftraggeber auszuhändigen.

13.4 Stundenlohnarbeiten

- 13.4.1 Der Auftragnehmer hat bei Ausführung von Stundenlohnarbeiten dem Auftraggeber täglich, abweichend von der Frist gem. Ziffer 8.4.1, spätestens an dem auf die Leistung folgenden Arbeitstag, die Bautagesberichte in doppelter Ausfertigung vorzulegen. Die Bautagesberichte müssen zu den Stundenlohnarbeiten folgende Angaben enthalten:
- a) Art der Leistung,
 - b) Arbeitszeit auf der Baustelle,
 - c) Name, tarifliche Berufsbezeichnung, Anzahl der im Stundenlohn geleisteten Arbeitsstunden,
 - d) Art und Menge der verbrauchten Baustoffe bei unternehmerseitiger Beistellung und
 - e) Art, Nutzlast, amtl. Kennzeichen und Leistungszeit (Beginn und Ende) der für Fuhrleistungen eingesetzten Fahrzeuge.

13.4.2 Werden von einem Auftragnehmer im Zusammenhang mit Stundenlohnarbeiten Baustoffe geliefert, so wird zu den nachweislichen Einkaufspreisen ein Zuschlag bis zur preisrechtlichen Höchstgrenze gewährt. Besondere Anfuhrkosten werden in diesem Fall nicht erstattet.

13.4.3 Sind Stundenlohnarbeiten mit anderen Bauleistungen sowie Lieferungen/Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen aufzustellen.

14 Rechnungen, Zahlungen, nachträgliche Prüfungen

14.1 Allgemeines

14.1.1 Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags-, Teil- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; Abschlagsrechnungen sind laufend zu nummerieren. Die Rechnungen sind in zweifacher Ausfertigung einzureichen. In besonderen Fällen können bis zu 4 Ausfertigungen verlangt werden. Teilrechnungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

14.1.2 Liegt dem Vertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde, so sind in den Rechnungen für die Leistungen die Ordnungszahlen (Positionen) und die zugehörigen Bezeichnungen zu verwenden. Leistungen aus etwaigen Zusatzaufträgen sind getrennt aufzuführen. Die Positionsbeschreibungen dürfen abgekürzt wiedergegeben werden, wenn die Ausführung nicht von der Leistungsbeschreibung abweicht.

14.2 Abschlagsrechnungen

14.2.1 In jeder Abschlagsrechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Bauleistungen sowie Lieferungen/Leistungen und die bereits erhaltenen Abschlagszahlungen einzeln und in laufender Nummernfolge anzugeben. Die Abschlagsrechnungen sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) zu bewerten. Der Abschlagsbetrag hat mindestens 3.000,- EURO zu betragen. Abschlagsrechnungen sind grundsätzlich mit der darauf entfallenden Mehrwertsteuer einzureichen (vgl. Ziffer 14.3.1).

14.3 Schlussrechnung

14.3.1 In der Schlussrechnung müssen die erbrachten Bauleistungen sowie Lieferungen/Leistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses stets einzeln aufgeführt werden. Sie sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) ohne Umsatzsteuer zu bewerten. Die Umsatzsteuer für die gesamte vertragliche Bauleistung sowie Lieferung/Leistung ist unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld (§ 13 UStG) geltenden Steuersatzes am Schluss gesondert auszuweisen.

Ist der Steuersatz in der Zeit zwischen Angebotsabgabe und Entstehen der Steuerschuld durch Gesetz geändert worden und sind in diesem Zusammenhang durch die Änderung anderer Steuern Minderbelastungen eingetreten, so sind diese bei der Berechnung des Umsatzsteuerbetrages zu berücksichtigen. Wird aus Anlass der Änderung des Umsatzsteuergesetzes eine gesetzliche Regelung für die Abwicklung bestehender Verträge getroffen, so tritt an Stelle dieser vertraglichen Regelung die gesetzliche Regelung.

14.3.2 Von der Rechnungssumme sind die einzeln aufzuführenden Abschlagszahlungen in Abzug zu bringen.

14.4 Zahlung

14.4.1 Der Auftragnehmer kann auf der Rechnung den gewünschten Zahlungsweg angeben, den der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt. Bei der Nennung der Bankverbindung ist vom Auftragnehmer sowohl die Bankleitzahl wie auch die IBAN Nr. anzugeben.

14.4.2 Erklärungen, dass die Zahlungen in bestimmter Weise bewirkt werden sollen, sind für den Auftraggeber nicht verbindlich.

14.4.3 Als Tag der Zahlung gilt

- bei Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln der Tag der Übergabe oder der Einlieferung,
- bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto des Auftraggebers der Tag der Hingabe oder Absendung des Auftrags an die Post oder das Geldinstitut.

- 14.4.4 Vom Auftragnehmer angebotenes Skonto wird von jedem Rechnungsbetrag abgezogen für den die geforderten Zahlungsfristen eingehalten werden. Soweit Skonto vereinbart ist, beginnen die Skontofristen mit dem Tag des Eingangs der prüfbaren Rechnungen (Eingangsstempel der Empfangsstelle).
- 14.4.5 Der Auftraggeber ist berechtigt, mit allen Gegenanforderungen – auch aus anderen Rechtsverhältnissen – aufzurechnen. Der Auftragnehmer ist nur zu einer Aufrechnung mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen berechtigt.
- 14.4.6 Abtretungen von Forderungen des Auftragnehmers sind ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers ausgeschlossen.
- 14.5 Nachträgliche Prüfung
- 14.5.1 Werden nach erfolgter Schlusszahlung Fehler in der Abrechnung festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen; Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.
Fehler im Sinne von Abs. 1 sind:
- Aufmaßfehler, d.h. Abweichungen in Aufmaßen und Berechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;
 - Rechenfehler, d.h. Fehler in der Anwendung der allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsarten, einschließlich Kommafehler;
 - Übertragungsfehler, einschließlich Seitenübertragungsfehler.
- Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinne von § 16 Nr. 3 Abs. 2 VOB/B bzw. § 17 Nr. 4 VOL/B.
- 14.5.2 Sonstige Ansprüche des Auftraggebers aus §§ 812 ff. BGB werden durch Ziffer 14.5.1 nicht berührt. Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.
- 14.5.3 Der Auftraggeber hat das Recht zur Rückforderung, wenn bei der späteren Prüfung der Rechnung durch Prüfungsinstanzen eine Überzahlung festgestellt wird.

15 Sicherheitsleistungen

- 15.1 Die Sicherheitsleistung dient zur Erfüllung der Mängelansprüche bzw. zur Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung. Die Sicherheitsleistung beträgt 5 v. H. der Nettoauftragssumme.
- 15.1.1 Werden zur Erfüllung von Mängelansprüchen Sicherheitseinbehalte vorgenommen, wird der Auftraggeber den einbehaltenen Betrag auf ein Bankkonto nehmen. Dem Auftragnehmer stehen Zinsen nach den jeweils geltenden Zinssätzen für Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist zu. Die Sicherheitseinbehalte werden bei vereinbarten Abschlagszahlungen von jedem Abschlag einbehalten.
- 15.1.2 Sicherheitseinbehalte, die der Sicherstellung der vertragsgemäßen Ausführung der Leistung dienen, erfolgen nur bei Abschlagszahlungen im Zusammenhang mit vom Auftraggeber vergebenen Rahmenaufträgen und Kanal-Bauleistungen. Der Auftragnehmer erhält diesen Betrag nach Vorlage der Abschlussrechnung erstattet.
- 15.2 Der Auftragnehmer kann anstelle des Sicherheitseinbehaltes eine selbstschuldnerische Bankbürgschaft erbringen, die textlich vom Auftraggeber vorgegeben wird bzw. mit diesem abzustimmen ist. Der Auftraggeber kann in Ausnahmefällen einen vom Auftragnehmer vorgeschlagenen Bürgen ablehnen.
- 15.3 Urkunden über Vertragserfüllungsbürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, wenn die Leistungen vertragsmäßig erfüllt sind und der Auftragnehmer eine etwa verlangte Sicherheit für die Erfüllung der Mängelansprüche geleistet (gestellt) hat.
- 15.4 Urkunden über Mängelanspruchsürgschaften werden auf Verlangen zurückgegeben, wenn Mängelansprüche nicht mehr geltend gemacht werden können.

16 Vertraulichkeitsbestimmungen

- 16.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle Informationen aus dem Einflussbereich des Auftraggebers, von denen er im Rahmen der Durchführung des Auftrags Kenntnis erlangt, vertraulich zu behandeln.
- 16.2 Er verpflichtet sich insbesondere, Informationen, die von kommerziellem Interesse für Energievertriebs-, Handels-, Gewinnungs- oder Erzeugungsorganisationen bzw. -unternehmen sein können, nicht ohne ausdrückliche Zustimmung des Auftraggebers (Netzbetrieb) weiterzugeben oder zu veröffentlichen (§9 EnWG). Das Verbot der Weitergabe von Informationen gilt dabei besonders gegenüber Mitarbeitern der Vertriebsabteilung des Auftraggebers.
- 16.3 Vertraulich zu behandeln im Sinne der Ziffer 16.2 sind u.a.:
- Anschriften und Lastgangdaten von Anschlusskunden
 - Namen von liefernden Händlern
 - Informationen über die Wechselbereitschaft von Anschlusskunden
 - Informationen über das Anschlussinteresse von potentiellen Neukunden
 - Informationen über Verhandlungen mit Transportkunden
 - Informationen über mit Transportkunden abgeschlossene Netzzugangsverträge
 - Informationen über Netzausbau- und Erschließungsmaßnahmen, einschließlich entsprechender Vertragsverhandlungen mit Händlern und potentiellen Anschlusskunden
 - Informationen über inaktive Hausanschlüsse
 - Informationen über Wirtschaftlichkeitskriterien für die Beurteilung von Anschlüssen und Netzausbauten

Vor Weitergabe oder Veröffentlichung vorgenannter Informationen ist in jedem Fall die Zustimmung des Auftraggebers einzuholen.

- 16.4 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Arbeitnehmer ausdrücklich auf diese Verpflichtungen hinzuweisen und sie entsprechend zu verpflichten.
- 16.5 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, im Rahmen seines Auftrages gegenüber dem Auftraggeber seinerseits dritte Auftragnehmer nur dann zu betrauen, wenn der Dritte dem Auftraggeber gegenüber diese Vertragsbedingungen als Vertragsbestandteil akzeptiert.

17 Vertragsänderungen

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform. E-Mails genügen nicht der Schriftform im Sinne dieser AGB bzw. der auf ihrer Basis geschlossenen Einzelverträge.

18 Wirksamkeit einzelner Bestimmungen

Sofern einzelne Bestimmungen des Vertrages rechtsunwirksam sind oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen hierdurch nicht berührt. Für diesen Fall verpflichten sich die Vertragspartner, die unwirksamen Bestimmungen durch rechtlich zulässige Vereinbarungen zu ersetzen.

19 Erfüllungsort und Gerichtsstand

Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Essen.